

Niederösterreich - kein Herz für Kinder

Die ÖVP und FPÖ in Niederösterreich haben sich auf eine Zusammenarbeit in Niederösterreich geeinigt. Im Arbeitsübereinkommen finden sich deutliche Worte, in Hinblick auf den Sprachgebrauch in Schulen in Niederösterreich. So ist zu lesen, dass „auf die Verbesserung der Deutschkenntnisse und die Verwendung der deutschen Sprache [...] auch außerhalb des Deutschunterrichts Wert gelegt“ werden solle „etwa durch die bewusste Entscheidung der Schulen, Deutsch als Pausensprache in der Hausordnung festzulegen“. Gefordert wird eine „Forcierung der Verwendung der deutschen Sprache auch in Pausen und am Schulhof durch Aufnahme in die schulautonom zu beschließenden Hausordnungen.“ Historische Beispiele für das Verbot anderen Sprachen als Pausensprache finden sich etwa in der Unterdrückung und Umerziehung indigener Völker in den USA, evidenzbasierte Beispiele für die Wirksamkeit solcher Maßnahmen lassen sich jedoch nicht finden. Sieht man davon ab, dass Aufforderungen, was in Hausordnungen umzusetzen sei, ein Konterkarieren der erwähnten Schulautonomie bedeutet, findet sich hier auch eine klare Abkehr von Multi- und Plurilingualität im Bildungsbereich, die in Opposition zu den Zielen der EU gesehen werden kann. Es bleibt zu fragen, wie die Umsetzung in internationalen Schulen in Niederösterreich zu betrachten ist, oder auch, ob diese Regeln auf Schulen unter Leitung des Bundes, die ihren Standort in Niederösterreich haben, anzuwenden sein werden? Hier wird der Bildungsminister zu befragen sein.

Abgesehen von diesen formalen Bedenken, ist es wesentlich die Konsequenzen eines solchen Vorgehens auf Schülerin und Schüler mit fremdsprachigem Hintergrund zu beachten. Kinder wird dadurch vermittelt, dass die Sprache, die zuhause und in ihrem Umfeld gesprochen wird, nicht akzeptiert wird. Die eigene Muttersprache, die einen wesentlicher Teil der Kultur darstellt, wird durch diesen Schritt zur „zweiten Wahl“ abqualifiziert, was einen Einfluss auf die Wahrnehmung der eigenen Rolle in der Gesellschaft und die Wertigkeit der eigenen Kultur nimmt. Es ist bekannt, dass Integration nur gelingen kann, wenn Individuen in ihrer eigenen kulturellen Identität gefestigt sind und sich mit dieser in eine Gesellschaft einbringen. Kinder, die noch keine guten Kenntnisse des Deutschen haben, werden am Pausenhof „verstummen“ oder sich heimlich mit anderen Schülerinnen und Schülern, die ihre Sprache verstehen, austauschen. Dadurch marginalisiert man zusätzlich Gruppen und fördert deren Isolation, es entsteht ein Gefühl des „Wir“ und die „Anderen“. Der hier gesetzte Schritt erschwert Integration. Zusätzlich erschwert er Schülerinnen und Schüler, die mit Deutsch als Muttersprache aufwachsen, den Austausch mit anderen Sprachen und das spielerische Begreifen von anderen Sprachen, das in ungezwungenen Austausch möglich ist. Es ist eindeutig davor zu warnen sozialen Ausschluss durch politische Maßnahme gezielt zu befördern. Wir sehen in diesem Schritt eine Missachtung der Kinderrechte, die in der niederösterreichischen Landespolitik in den letzten Jahren gerade im Bereich des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen aus anderen Kulturen bereits mehrfach missachtet wurden. Es bleibt festzuhalten, dass für diese Maßnahme keine Evidenz besteht, was den Schluss nahelegt, dass es sich um eine ideologiebasierte Entscheidung handelt. Es bleibt zu hoffen, dass Lehrerinnen und Lehrer diese Forderung im Sinne der Schulautonomie vollkommen ignorieren. Die Bildungspolitik ist aufgefordert die Schule nicht zum Spielplatz politischer Ideen werden zu lassen.

Für die ÖGKJP

Univ.-Prof.in Dr.in Kathrin Sevecke
Präsidentin
Univ.-Prof. Dr. Paul Plener, MHBA
Vizepräsident

Univ.-Prof. Dr. Leonhard Thun-Hohenstein
Vizepräsident
Assoc.-Prof.in PD Dr.in Claudia Klier
Generalsekretariat